

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

23.9.1930 (No. 261)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. ...

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Er erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg. ...

Nr. 261 (12 Seiten)

Karlsruhe, Dienstag, den 23. September 1930

68. Jahrgang

Erste Minderheitendebatte in Genf Curtius und Graf Apponyi gegen die Assimilierungstheorie

Genf, 22. Sept. Die heutige Fortsetzung der Aussprache des 6. Ausschusses über die Minderheitenfrage gestaltete sich zu einer bedeutsamen, grundsätzlichen Auseinandersetzung, in die Reichsaussenminister Dr. Curtius mit einer eindrucksvollen Rede eintritt. Die Debatte wurde eingeleitet durch längere Erklärungen des griechischen Außenministers Michalakopoulos, der nachzuweisen suchte, daß ein zu weitgehender Minderheitenschutz gegen die Interessen des Friedens und gegen den Bestand der neuen Staaten verstoße. Michalakopoulos trat für die allmähliche, gewaltlose Assimilierung der Minderheiten ein.

Reichsminister Dr. Curtius betonte, das Interesse, das für den Völkerbund und die Minderheiten an einer möglichst vollkommenen Aufklärung der Definitivität über die Lage der Minderheiten bestehe. Deutschland wünsche, daß, soweit als möglich, sowohl nach der grundsätzlichen Seite als auch nach einzelnen Beschwerdepunkten hin, in den Veröffentlichungen des Völkerbundssekretariats Aufklärung gegeben werde. Auf seine beiden Vordredner bezugnehmend, gab Reichsminister Dr. Curtius zunächst seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der griechische Außenminister die längst als abgelehnt betrachtete Assimilierungstheorie wieder vorgebracht habe.

Die Assimilierung stehe im Widerspruch zu den Interessen und den Aufgaben des Völkerbundes, wie dies vom englischen Vertreter in der Märztagung vorigen Jahres ausdrücklich festgestellt worden sei. Der alleinige Zweck, den Deutschland mit dieser Debatte anstrebe, sei völlig erreicht worden. Die Definitivität und die Minderheiten insbesondere hätten die Gewißheit, daß der Völkerbund sich der Minderheitenfrage annehme, und die allgemeine offene Aussprache habe zu einer Klärung der Auffassungen geführt.

Zu den Ausführungen des polnischen Vertreters erklärte Dr. Curtius, daß der Unterschied zwischen damals und jetzt eben darin bestehe, daß durch die Verträge ein neuer Geist geschaffen werden sollte. Um weiterzukommen, sei es richtiger, für die Besserung der Verhältnisse in der Gegenwart zu sorgen, als sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen.

niffe in der Gegenwart zu sorgen, als sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Deutschland sei bereit, über die Ausdehnung des Grundrisses der Minderheitenschutzverträge positiv zu verhandeln, wobei in erster Linie Europa in Betracht kommen würde. Allerdings sei zu bemerken, daß die Minderheitenschutzverträge zunächst einmal ein Serbitut für die neu geschaffenen Staaten Ost- und Südwesteuropas darstellen, die ohne dieses Serbitut hätten überhaupt nicht ins Leben treten können.

Graf Apponyi schloß sich in vollem Umfang den Worten des deutschen Vertreters an. Die unverfälschte Ironie, mit der Curtius und andere Redner die allgemeine Ausdehnung der Minderheitenschutzverträge verlangten, beantwortete der ungarische Delegierte in gleichem Ton. Die Vertreter der Staaten mit Minderheitenverpflichtungen — so führte er aus — haben sich darüber beklagt, daß sie unter einer Art Ausnahmeregime stehen. Ich erkenne die Berechtigung dieser Klagen vollkommen an und glaube, daß sie aufrichtig gemeint sind. Dann werden die Vertreter dieser Staaten aber auch Verständnis dafür haben, daß Ungarn in der Frage der Abrüstung und aus anderen Gebieten einem Ausnahmeregime unterworfen ist und daß es das Streben hat, die starken Unterschiede, die zwischen seiner Rechtslage und derjenigen seiner Nachbarn bestehen, zu beseitigen.

Brüand

hob hervor, die Welt müsse erfahren, daß der Völkerbund der Sache der Minderheiten sich gewissenhaft annehme. Er äußerte ebenso wie der polnische Vertreter Bedenken gegen den deutschen Entscheidungsentwurf, der, ohne vom Ausschuss genehmigt zu sein, eine Unterlage für den Bericht Motias bilden solle, und aus dem man gegenüber dem Sekretariat des Völkerbundes den Vorwurf einer Schiebung bei der Behandlung von Minderheitenbeschwerden herauslesen könnte. Dieser Vorwurf aber sei vollkommen unbegründet. Das Sekretariat habe seine Pflicht bis zur Grenze des Möglichen erfüllt. Niemand werde zu behaupten wagen, daß die Urheber der Friedensverträge durch die Bestimmungen über den Minderheitenschutz innerhalb der Staaten kleine, ständig revolutionisierende Staaten schaffen wollten. Im Gegenteil müsse immer mehr auf eine Betriedung und Heberbrückung der Gegensätze hingearbeitet werden. Das Ziel, das Ideal der Minderheitenpolitik sei die fortschreitende Heranziehung der Minderheiten zu allen staatsbürgerlichen Aufgaben, auch der Teilnahme an der Regierung und an den höchsten Ämtern des Landes. Brüand zitierte aus früheren Verhandlungen des Rates Erklärungen Chamberlains und Stresemanns, um nachzuweisen, daß die Politik des Völkerbundes dahin gehen müsse, daß die Meinungsfragen immer mehr verschwinden und der Völkerbundsrat immer weniger mit Minderheitenfragen befaßt werde.

Warschauer Brief

Die Durchführung einer Anti-Deutschen-Woche in Polen. — Die Massenverhaftungen sollen fortgesetzt werden. — Im Wanzenturm von Brest-Litowsk. — Schlimmere Behandlung der Inhaftierten.

X. Warschau, 21. Sept.

Die Geister, die das Pilsudskilager zur erfolgreichen Durchführung des Wahlkampfes rief, wird man jetzt scheinbar nicht wieder los. Man hat die jetzt schon einige Wochen zurückliegende Crediramus-Rede in Polen benutzt, um übelste Hege zu treiben. Man vermochte zwar eine neue Hafswelle emporschluten zu lassen, vermag sie jetzt jedoch nicht abzumähen. Und so geht der Crediramus-Rummel in ganz Polen unverändert fort. Hier in Polnisch-Oberschlesien gibt es wohl kaum noch eine Gemeinde, in der nicht irgendeine Protestveranstaltung zur Durchführung kam. Die deutschen Angehörigen der Kommunalverwaltungen haben sich dabei entweder der Stimme enthalten oder sie haben den Saal verlassen. Leider war diese Haltung nicht ohne persönliche Opfer durchzuführen. In mehreren Fällen sind deutsche Gemeindevorsteher überfallen und blutig geschlagen worden, in anderen Fällen hat man deutsche Vertreter nicht in den zu bildenden Wahlkommissionen zugelassen unter ausdrücklicher Berufung darauf, daß die deutsche Bevölkerung Ost-Oberschlesiens sich nicht an den Protestkundgebungen gegen Deutschland angeschlossen hätte. In einem weiteren Falle, der vielleicht das Tollste darstellt, sind die deutschen Gemeindevorsteher für ein volles Jahr von den Kommunalitzungen ausgeschlossen worden, weil sie den Protestrummel nicht mitmachten. Es ist selbstverständlich, daß diese Vorgänge noch ein Nachspiel haben werden. Ein Ende der antideutschen Kundgebungen ist noch garnicht abzusehen. Denn soeben erst rufen die Schutzverbände zur Durchführung einer „Anti-Deutschen-Woche“ vom 21. bis 28. September auf. Ein General als Führer dieser Verbände hat dann einen sehr umfangreichen Tagesbefehl erlassen, in dem es schließlich mit hochtönenden Worten heißt: „Wir müssen die Preußen an Grunwald, Plowce sowie an Pise Pole (?) erinnern, wir müssen sie an unsere zerschmetternden Siege erinnern. Daher wird die Anti-Deutschen-Woche unter der Losung stattfinden: Fort du Preuße, wir werden Grundwald wiederholen!“

Marshall Pilsudski hat inzwischen nach der siegreichen Durchführung der Abgeordneten-Verhaftungen seine gute Laune wiedergefunden. Er läßt verkünden, daß nur das erste Drittel aller Parlamentarier verhaftet sei, der größere Rest werde folgen. Dann gebraucht er Vergleichsbilder aus der Zeit, wo er im Irrenhause saß, allerdings simulierte er damals, um zaristischen Gefängnissen zu entgehen, aber, wie hoshafte Blätter hier und da betonen, so geschickt, daß er mit seinem Simulieren Erfolg hatte. Den Verhafteten und denjenigen, die noch verhaftet werden sollen, widmet er jetzt folgende Worte: „Diese Herren Abgeordneten haben an einer ziemlich seltsamen Lebensart gefallen gefunden. Zur Verteidigung haben sie sich auf die Strafe gesetzt, um Schmutz zu machen — mit der Immunität im Maul. Dort betriegen, hier erpressen, dort einen Schuß aus einem Revolver abgeben, hier wieder stehlen — das sind „freiheitliche Rechte“. Wenn es mir gelingt, auch nur ein wenig Anstand in diese schmutzigen Verhältnisse zu bringen, so wäre ich sehr stolz darauf.“ Zufrieden ist Marshall Pilsudski auch darüber, daß die verhafteten Parlamentarier in der härtesten Weise behandelt werden. Hierzu verkündete er: „Die Gefängnisdisziplin ist hart, aber vielleicht werden sich diese Herren nach dem Verlassen des Gefängnisses als diszipliniertere Leute erweisen.“

Die Gefängnisverwaltung bemüht sich, die Behandlung der Inhaftierten nach den Wünschen ihres höchsten Chefs durchzuführen. Die im Brest-Litowsk untergebrachten Volksvertreter liegen im fogen Wanzenturm, der so dreidig und voll ungeziefer ist, daß ein Warschauer Blatt diese Zellen kurz so schilderte: „Die Unmassen des Ungeziefers haben sich im Laufe vieler Jahrzehnte nie beseitigen lassen, obwohl die verschiedenen Regierungen schon große Mittel zur Reinigung zur Verfügung stellten.“ Die Fenster der Zellen des Wanzenturms sind mit Blech beschlagen. Auf eine Anfrage der Angehörigen der im Wanzenturm schmachtenden Parlamentarier wurde erklärt, daß sie zurzeit noch keine Sträflingskleidung zu tragen hätten, daß man ihnen „nur“ Kravatten, Kragen, Hosenträger und Schürhosen genommen habe, weil das die Gefängnisordnung so verlange. Die Zufendung eigener Verpflegung und eigener Betten an die Verhafteten wurde gleichfalls abgelehnt. Noch jetzt eif Tage nach der Inhaftierung werden die Familienangehörigen nicht zu den Verhafteten vorgelassen. Gerichte erneuern sich immer wieder, daß einzelne Verhaftete garnicht mehr am Leben sind. So schrieb die Frau des bekannten Senators Prager den zuständigen Staatsanwalt an: „Ist mein Mann schon ermordet oder wann wird er ermordet?“ Erst nach dieser Unrede will sie der Staatsanwalt, wie es in einer Richtfeststellung heißt, hinausgeworfen haben. Besonders peinlich für die Justizbehörden ist, daß ein jugendlicher Gewerkschaftssekretär, der bei Demonstrationen gegen die Verhaftungen der Volksvertreter, gleichfalls ins Gefängnis geworfen wurde, sich dort das Leben genommen hat! Die Opposition bezweifelt den Selbstmord.

Der Wahlkampf selbst tritt bei alledem in den Hintergrund. Oder es sieht so aus, als ob der Regierungsanhang glaubt, daß seine ganze Zukunft von einer möglichst großen Zahl von Verhaftungen und von einer möglichst schlechten Behandlung der Verhafteten abhängt. Die Opposition bemüht sich weiter um die Freilassung der Verhafteten, wenn auch bisher noch nicht mit der Kraft, die Erfolg versprechen könnte. Der in Warschau ausgebrochene eintägige Arbeiterstreik, den nachträglich keine Organisation veranlaßt haben wollte, konnte schon deshalb keinen besonderen Eindruck auf die Machthaber machen, weil die Beteiligung eine viel zu geringe war. Allerdings erörtert man nach wie vor den Gedanken eines Generalfreistritts durch ganz Polen. Die Gegensätze zwischen dem Regierungsanhang und

Die Arbeiten des Kabinetts beginnen Vor ersten Auseinandersetzungen

Dr. Sch. Berlin, 23. Sept. (Fig. Drahtber.)

Die heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning beginnenden Kabinettsberatungen leiten einen politischen Zeitabschnitt ein, der für den weiteren Gang der deutschen Innenpolitik von großer Bedeutung sein wird. Handelt es sich doch einmal darum, wie das Reform- und Sanierungswerk der Regierung Brüning, das mit den von Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen in die Wege geleitet worden ist, durchgeführt werden soll, so sind die in absehbarer Zeit zu erwartenden Auseinandersetzungen über den von der Regierung einschlagenden Weg andererseits nicht von geringerer Bedeutung. Voraussetzungen werden die Besprechungen der Regierung heute noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Auf jeden Fall wird das Ergebnis nicht veröffentlicht werden, weil die Kabinettsberatungen die Basis für die Besprechungen abgeben sollen, die am Mittwoch oder Donnerstag mit den Parteiführern eingeleitet werden. In politischen Kreisen zieht man aus dieser Formulierung den Schluß, daß die Reichsregierung von den Parteien nicht ein glattes Ja oder Nein verlangen, daß sie vielmehr bereit sein wird, auf Wünsche der Parteien, die ihr erfüllbar erscheinen, einzugehen.

Ueber den Inhalt des Programms der Reichsregierung ist in der Öffentlichkeit nichts sicheres bekannt. Lediglich das eine steht fest, daß sich die Verhandlungen mit den Parteien sehr schwierig gestalten werden und daß auch in der Regierung selbst noch manche Schwierigkeiten überwunden werden müssen, bevor man zur Beschlußfassung schreiten kann. Im wesentlichen handelt es sich im Kabinett in den nächsten Tagen um die Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Reform der Arbeitslosenversicherung und der Finanzreform. Alles Fragen, über die man im Kabinett sehr verschiedenartig denkt, insbesondere in der Frage der Arbeitslosenversicherung und der Hauszinssteuer im Kabinett die Meinungen noch nicht einheitlich.

Mit Spannung sieht man auch der Schaffung neuer Einnahmequellen entgegen, denn während auf der einen Seite neue Steuerbelastung gefordert wird, zeigt sich andererseits, daß neue Belastungen des Biers usw. kaum möglich sind. Private Kreise wollen zwar in einem Tabak- und Zigarettenmonopol und in der Erhöhung der Biersteuer neue Einnahmequellen entdeckt haben, es kann aber festgestellt werden, daß die Reichsregierung mit diesen Absichten bis zur Stunde nichts zu tun gehabt hat.

Wer kommt in Frage?

Dr. Sch. Berlin, 22. Sept. (Fig. Drahtber.)

Ungeklärt ist immer noch die Frage, ob die Reichsregierung mit allen Parteien oder nur mit denjenigen Fühlung nehmen wird, von denen sie annimmt, daß sie für eine Mehrheitsbildung im Reichstag in Frage kommen können. Während bisher jedoch immer von den „staatsbejahenden Parteien“ die Rede war, verlautet heute von zuständiger Stelle, die Reichsregierung wolle über ihr Programm mit den Führern der „zum Mitarbeiten bereiten“ Parteien in Verbindung treten. Nach dieser Formulierung kann man sich denken, daß auch die Nationalsozialisten über ihre Einstellung zum sachlichen Programm des Kabinetts Brüning gefragt werden, umso mehr, als von manchen sogar die Koalition mit den Nationalsozialisten für wünschenswert gehalten wird. In maßgebenden Kreisen der bürgerlichen Mittelparteien ist man der Auffassung, daß es die Reichsregierung nicht unterlassen sollte, die Nationalsozialisten an den Verhandlungen zu beteiligen, dann mühten sie, so sagt man sich, vor aller Öffentlichkeit zu dem Programm der Regierung Stellung nehmen und klipp und klar Farbe bekennen. Auf der anderen Seite allerdings verkennt man nicht, daß die Nationalsozialisten für den Fall ihrer Unterstützung mit Sicherheit Forderungen auf politischem Gebiet stellen werden.

Gegen die Auslandswaren

In dem „Amtsblatt des Bischöflichen Ordinariats Berlin“ Nr. 10 vom 25. August findet sich unter Nr. 149 folgende Notiz:

Vertr. Einkauf von Inlandswaren. — Mit Rücksicht auf die katastrophale wirtschaftliche Lage in Deutschland wird den Pfarrämtern, Höheren Niederlassungen und sonstigen katholischen kirchlichen Institutionen dringend nahegelegt, nach Möglichkeit nur deutsche Waren zu kaufen.

Es ist erfreulich, daß der Bischof von Berlin, wie dies jüngst auch vom Erzbischoflichen Ordinariat in Freiburg geäußert ist, dafür befragt ist, den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten des Tages auch bei allen geistlichen Stellen zum Durchbruch zu verhelfen.

Wie die Statistik beweist, ist der deutsche Außenhandel im Laufe des Jahres keineswegs zurückgegangen, mit anderen Worten: — und darauf hat gerade Stegerwald unlängst hingewiesen — Deutschland wird von der Weltwirtschaftsnot keineswegs so schwer in Mitleidenschaft gezogen, als vielfach angenommen wird.

Das Kernübel unserer Wirtschaftsnöte liegt vielmehr in dem Konsumrückgang des Innenmarktes.

Wenn man die Berichte der verschiedenen Wirtschaftsverbände studiert, findet man auch, daß als Grund der Notlage immer wieder die Konkurrenz ausländischer Waren angeführt wird. Andere Völker zeigen sich da erheblich empfindlicher und weisen bereits seit langem große und starke, von den einheimischen Regierungen unterstützte Bewegungen auf, die in geradezu radikaler Weise die Einfuhr fremder Waren bekämpfen.

Wie groß die Schäden sind, die durch das Eindringen der Auslandswaren verursacht wurden, kann man sich ausrechnen, wenn man bedenkt, daß im letzten Jahre allein für etwa 2 1/2 Milliarden RM. ausländische Fertigfabrikate und für gegen 4 Milliarden RM. ausländische Lebensmittel eingeführt wurden.

Gerade aus diesem Grunde haben denn auch die Christlichen Gewerkschaften unlängst Front gemacht gegen die entbehrlichen Auslandswaren und suchen ihre Mitglieder über das Verderbliche dieser Einfuhr aufzuklären.

Hoffentlich findet die Ermahnung des Berliner Bischofs, die in ihrer Tendenz mit der Stellungnahme des Ordinariats in Freiburg übereinstimmt, in allen katholischen Kreisen weitgehendstes Echo.

Die Besteuerung der öffentlichen Betriebe

In der Wirtschaftszeitschrift „Der deutsche Süden“ (Nr. 8) befaßt sich Ministerialdirektor Dr. Bund-Karlsruhe eingehend mit dieser vielumstrittenen Frage. In der umfangreichen Abhandlung wird zunächst ein Ueberblick über Entwicklung, Art und Umfang der privatwirtschaftlichen Tätigkeit öffentlicher Gemeinwesen gegeben.

Dr. Bund kommt auf Grund seiner Feststellungen zu dem Ergebnis, daß man in gewissem Umfang und grundsätzlich die Forderung nach Besteuerung im Interesse einer flachen Finanzgebahrung wenigstens für die letztgenannten Unternehmungen als berechtigt anerkennen müsse.

Dr. Bund kommt auf Grund seiner Feststellungen zu dem Ergebnis, daß man in gewissem Umfang und grundsätzlich die Forderung nach Besteuerung im Interesse einer flachen Finanzgebahrung wenigstens für die letztgenannten Unternehmungen als berechtigt anerkennen müsse. Das heißt bei einer Besteuerung die drei Steuerläufiger unter sich für ihre Unternehmungen gegenseitig gleich behandeln müssen, wird als selbstverständlich vorausgesetzt.

stigung vor. Dies gilt erst recht für die übrigen gewerblichen Unternehmungen der öffentlichen Hand, soweit sie namentlich durch starkes Eindringen in die Privatwirtschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind.

Soweit es sich um die gewerblichen Unternehmungen insbesondere aus der Kriegs- und Nachkriegszeit handelt, ist die ganze Frage nicht nur eine steuerliche, sondern gleichzeitig eine wirtschafts- und staatspolitische.

Baden

Ein vielfach gehegter Wunsch

wird in der Besprechung des Wahlergebnisses in der Deutschen „Badenzeitung“ Nr. 212 folgendermaßen ausgesprochen:

Wir möchten noch einem Gedanken Ausdruck verleihen. Möchte doch der Ausgang dieser Wahl auch zur Folge haben, daß die führenden Kreise sowohl der Zentrumsparthei, als auch der Bayerischen Volkspartei endlich zur Einsicht kommen, daß diese beiden so eng in ihrer Bestimmung verwandten Parteien nicht mehr länger getrennt marschieren können.

Dieser Wunsch, der in diesem Fall wohl von dem Hauptstimmleiter der Badenzeitung stammt, der selbst Bayer ist, besteht in den weitesten Zentrumskreisen und wird gerade anlässlich der vergangenen Reichstagswahlen im Süden und Norden in Zentrumsartikeln und Entschlüsseungen immer wieder offen ausgesprochen.

Wirtschaft und Hitlerkrieg

In einer Zuschrift an die „Köln. Volkszeitung“ unterm 19. September wird darauf hingewiesen, daß, wie sich aus einem Bericht über eine Sitzung der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf ergibt, die Wirtschaft trotz des Ergebnisses der Reichstagswahl die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik fordert, die bekanntlich mit allem, was von der Regierung seit der neuen Ära geschehen ist, von den Sakentkünstlern verworfen wird.

Ueber die erste dieser vertraulichen Zusammenkünfte, die am 3. Dezember 1928 in Essen stattfand, berichtete der Essener Anzeiger der Ab. Westf. Zeitung (Nr. 285):

Die Kruppfamilie auf nationaler Grundlage. Im Juni d. J. hielt Adolf Hitler in Essen einen Vortrag über die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gestern kam er abermals hierher, um vor einem geladenen Kreise der westdeutschen Wirtschaft im hiesigen Kammermusikkal eine weitere Rede zu halten.

Ein Jahr später versammelte Hitler noch einmal nach einer öffentlichen Versammlung hinter verschlossenen Türen in Essen ein ähnliches Publikum.

Im Kruppfaal des Städtischen Saalbaues sprach gestern abend nochmals Adolf Hitler. Diesmal vor einem Kreis geladener Zuhörer, der Kruppfaal erwies sich als zu klein, um alle Gäste, die zum Teil der langen Reihe der in der Straße zum Stadtpark gehaltenen Autos entgegen waren, so fassen, so daß die Polizei den Saal sperren und viele zu spät kommende zurückweisen mußte.

Damals traten auch angelegene Führer der Ruhrwirtschaft in die Reihen der „Nazis“ ein, und seit jenen Tagen flossen die schmerzinduzierten Gelder aus dem Ruhrgebiet für Hitler.

Der Sündenfall des Christentums

Unter diesem Titel hat der holländische Universitätsprofessor G. A. Heering ein Buch herausgegeben, in dem er die Unvereinbarkeit des Krieges mit dem Christentum nachzuweisen sucht. In der Buchanzeige finden sich u. a. folgende Sätze:

„Das Bündnis, das Christentum und Militarismus miteinander geschlossen hatten, zwang den Verfasser zu diesem Appell an das christliche Gewissen. Dem historischen Christentum steht er ehrsüchtvoll gegenüber. Auf dem Gebiet der christlich sanktionierten Staats- und Kriegsmoral zeigt dieses jedoch eine so dunkle Geschichte, daß die inhaltsschwere Symbolik des Buchtitels gerechtfertigt erscheint.“

Dazu bemerkt der sozialdemokratische „Volkswille“ in Singen:

Was hier ausgesprochen wird, ist von der sozialdemokratischen Presse schon oft gesagt worden, wofür sie von zentrumschristlichen Kreisen den Vorwurf der Religions- und Kirchenfeindschaft einreden mußte.

Bei dieser sozialdemokratischen Schriftleitung scheinen die elementarsten logischen Begriffe zu fehlen. Daß der Singener „Volkswille“ bei jeder Gelegenheit seine Religions- und Kirchenfeindslichkeit dokumentiert, ist eine Tatsache.

Heering ist holländischer Protestant und beschäftigt sich nicht mit der Ethik der katholischen Kirche, sondern nur mit den Moraltheorien protestantischer Theologen.

Amthliches

Ernannt: Der Vorstand der Universitäts-Frauenklinik in Innsbruck, Professor Dr. Heinrich S y m e r, mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 an zum ordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Heidelberg und zum Direktor der Universitäts-Frauenklinik daselbst.



General v. Hammerstein endgültig Chef der deutschen Heeresleitung

General v. Hammerstein, ehemals Kommandant der 1. Armee, wurde zum Chef der Heeresleitung ernannt.

Groschen-Hoffen
Auswahl Qualität Billigkeit
Leipheimer & Mende

Gewerbeschulen I, II und III Karlsruhe.

Fach- und Weiterbildungskurse 1930/31.

Gewerbeschule I:

1. Maurer, Zimmerleute und Poliere.
2. Eisenbeton u. Statik.
3. Holz-, Marmormalen und Lasurtechnik.
4. Glasätzen u. Vergolden.
5. Schriftenmalen.
6. Freihandzeichnen.
7. Aktzeichnen.

Gewerbeschule II:

1. Rechnen an Werkzeugmaschinen für Eisendreher und Fräser.
2. Rechnen an Universal-Fräsmaschinen einschließlich Hinterdreharbeiten.
3. Elektrizitätslehre für Maschinenbauer (Einführung).
4. Schwachstromtechnik.
5. Starkstromtechnik; Kurs A: Grundlagen der Elektrotechnik; Kurs B: Gleichstrommaschinen; Kurs C: Wechselstrommaschinen.
6. Licht- und Beleuchtungstechnik.
7. Radiotechnik.
8. Kraftfahrzeug-Mechaniker.
9. Heizer und Maschinenisten.
10. Technische Chemie und Laboratoriumsübungen.
11. Maschinentechnisches Skizzieren und Zeichnen.
12. Kunstschneiden.
13. Autogenes Schweißen.
14. Luftfahrtwesen.

Gewerbeschule III:

1. Buchdrucker (Schriftsetzer und Drucker).
2. Modellieren (Bildhauer, Gips, Stukkateure).
3. Hand- und Pressevergolden u. Marmorieren (Buchbinder).
4. Metalltreiben und Färben.
5. Dekoratore.
6. Zuschneiden (Herrenschneider).
7. Zuschneiden (Damen- und Schneiderinnen).
8. Zuschneiden (Weißnäherinnen).
9. Schäfte-zuschneiden (Schuhmacher).
10. Tischarbeiten, Damen- und Theaterfrisieren (Friseur).

Außerdem sind in den einzelnen Schulen noch vorgesehen:

1. Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung.
2. Vorbereitungskurse zur Gesellenprüfung.
3. Vorbereitungskurse zur Aufnahme in das Staatstechnikum.
4. Arithmetik für Anfänger und Fortgeschrittene.
5. Fachzeichnen nach Berufen getrennt.
6. Buchhaltungskurse.

Beginn der Kurse Anfang Oktober ds. Is.

Auf Antrag können bei genügender Beteiligung auch hier nicht angeführte Kurse eingerichtet werden. Wenn nicht besonders erwähnt, haben die Kurse in der Regel wöchentlich an 2 Abenden je 2 Stunden, insgesamt 70 bis 80 Unterrichtsstunden. Das Honorar für einen Kurs beträgt ohne Werkstattbeitrag RM. 20.— und ist bei der Anmeldung oder spätestens bei Kursbeginn zu zahlen. Anmeldungen werden täglich während der Bürostunden 19. bis 24. September d. J., auch bis abends 7 Uhr, auf der Schulkanzlei, entgegengenommen.

Die Direktionen.

Färberei, Chem. Reinigungsanstalt
Michael Weiß
Blumenstr. 17 Telef. 2866
Gegründet 1867.

Farer & Co. Inhaber C. Drück
KOHLN
Karlsruhe, Kaiserstr. 180, Telefon 28
Kohlen / Holz / Briketts / Koks

REKLAME DRUCKSACHEN

ANSICHTSPOSTKARTEN - PLAKATE - BILDTAFELN - PROSPEKTE UND KUNSTBLÄTTER
IN KUPFER-TIEFDRUCK
Liefert in moderner Ausführung und zum billigen Preis

BADENIA A.G. KARLSRUHE
STEINSTR. 17-21

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
RECHENMARKTBUCH
KUNSTLEHRE
STRASSENBAU-MATERIAL

Wanzen-Tod

vollständig geruchlos, tötet fast alle Wanzenarten (Matrasen, Bettwanzen, Bettläuse)

F. Höllstern

Derrenstr. 6, Tel. 5791. Man achte genau auf Name, um Verwechslung von Nachahmungen zu vermeiden

Werb für I. u. II. Hypotheken

Aufwertungs-Hypotheken Restziele zu vergeben. Josef Heilmann, Bankgeschäft, Karlsruhe i. B., Telefon 76 u. 78, Reiterstraße 221.

Rechnen und Mathematik

erteilt Unterricht und Nachhilfe (2 Mark Stunde).

Beutler, Bismarckstraße 33, III.

EISU-Betten

(Stahl u. Holz) Polster, Stahlmatr., Kinder-, Gärtel-, in jeden Teilzahl. Katalog, Eisenmöbelabrik Bohl, Th.

Gloria-Palast am Ronellplatz
Heute und folgernde Tage!
Ein Tonfilm, wie er sein soll!
Ein Tonfilm, den jeder sehen muss!



DAS RHEINLANDMÄDEL

Ein 100% Ton-Sprech- und Gesangsfilm mit Gretl Berndt / Lucie Englisch / Werner Fuetterer in den Hauptrollen.
Ein melodischer Sieg, die ewige Jugend und Schönheit des Rheins und seine Weisen verherrlichend, nach dem bekannten Lied von Willy Ostermann:
Und sollt ich im Leben ein Mädel mai frein Dann muss es am Rhein geboren sein.
Im Beiprogramm:
Die beliebte **Micky Maus** in **Auf in den Kampf, Torero.**
Anfangszeiten: 3^{1/2}, 5, 7 und 9 Uhr.

Kauft bei unseren Inferenten!

Eine praktische Kirchengeschichte
in lebendigen Einzelabstellungen:
Die Kirche in ihren Heiligen
Kirchengeschichtliche Lebensbilder für Schule und Haus.
Herausgegeben von Schultat a. D. S. Fassbinder.
Die vollständige Sammlung enthält folgende Hefte:
Blutzeugen Christi, Athanasius, Augustinus, Benedikt, Die ersten Glaubensboten an der Saar, Glaubensboten und Glaubenszeugen im Riederer Land, Gregor der Große, Bonifatius, Bernhard v. Clairvaux, Gregor VII., Hildegard, Franz v. Assisi, Dominikus, Elisabeth, Thomas von Aquin, Ignatius von Loyola, Franz Xaver, Petrus Canisius, Vinzenz von Paul, Klemens Hofbauer, Unsere letzten Päpste.
Die Sammlung gehört in jede Volks-, Pfarr- und Familien-Bücherei hinein.
Der hochwürdigste Herr Bischof von Trier schrieb an den Herausgeber:
"Ich habe mich, da ich viele Hefte persönlich gelesen habe, sehr darüber gefreut, daß die ganze Sammlung im gesamten Deutschland eine so dankbare Zustimmung gefunden hat. Ich bin überzeugt, daß die Lebensbilder sehr geeignet sind, in unseren Kindern und dem ganzen katholischen Volke die Liebe zu den großen Gestalten der Kirchengeschichte und damit zur Kirche selbst zu fördern, u. wünsche deshalb deren weiteste Verbreitung."
Preis pro Heft RM. 0.30. In einem Karton gesammelt RM. 6.70
Durch jede Buchhandlung
Gaarbrüder Druderei u. Verlag A. G.
Verlag der „Saarbrüder Landes-Zeitung“

Zurück!
Dr. Johanna Maas
Aerztin
Klosestr. 36 Tel. 645

Meine zahnärztliche Praxis
befindet sich jetzt
Ettlingerstraße 7
Ecke Schützenstr. Tel. 376
Dr. Rich. Rein

Total-Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe
nur noch bis 30. Septbr.
Chaisongues und Diwan, neueste Formen, Chaisongues-Decken in Glacé und Blüsch, Schiffs-, Strick- und Kettdecken, Effendruck und Wappengut aller Art, Seidenwaren und Wollwaren, nur kurze Zeit im:
Spezialgeschäft für Bett- und Postermöbel
G. Schmitt, Gröprinzenstr. 31 am Hauptbahnhof

Tanz-LEHRINSTITUT BRAUNAGEL
Nowaksanlage 13
Telephon 5859
1. und 10. Oktober Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht jederzeit

Colosseum
Heute 8 Uhr
Das Weltattraktions-Programm.

Gerichtliche und Vergleichende
außergerichtliche Vertretung bei den Finanzämtern!
F. W. Wörner Buchsechverstandiger
Kaiserstraße 239 (gegenüber dem Notariat)
Telefon 4767.

Bankhaus STRAUS & Co. KARLSRUHE I. B.
Fernsprech-Anschlüsse
Stadtverkehr Fernverkehr Devisenabteilung
Nr. 4430 bis 4435 Nr. 4901 bis 4903 Nr. 4439

Volksschauspiel Oetigheim
Größte u. schönste Natur- u. Freilichtbühne - 4000 Plätze bei Rastatt.
Andreas Hofer
Freiheitskampf des Tiroler Volkes in 4 Akten nebst Vor- und Nachspiel von A. J. Lippl.
Auführungen: Alle Sonn- und Feiertage (außer Fronleichnam)
Vom 1. Juni bis Ende September
Gedekter Zuschauerraum
800 Mitwirkende
Anfang 14 Uhr Ende 18 Uhr
Preise der Plätze: 1.50 - 6.50 Mk. nebst besonderen Logen.
Vorverkauf: Theaterkasse Oetigheim. Telefon 2061 Rastatt.
Vorverkauf Karlsruhe:
Herdersche Verlagsbuchhandlung, Herrenstraße 34.
Fritz Müller, Musikalienhandlg., Ecke Kaiser- u. Waldstr.
Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Khe., Kaiserstr. 159
Zeitungskiosk beim Hotel Germania.